

Avanti Rhein-Neckar

122/Oktober 2024

1,00 Euro (Solipreis 2 Euro)

Avanti ²

Theoriebeilage

Wie den Faschismus
bekämpfen?

von

Leo Trotzki

ISO Rhein-Neckar

**GEMEINSAM
GEGEN HETZE
UND PROFITGIER**



INHALT

TITEL

- 01 HETZE UND PROFITGIER**
Gemeinsam wehren

EDITORIAL / INHALT / KURZ & KNAPP

- 02 KAPITALISMUS**
Kurz & knapp?

SEITE DREI

- 03 HETZE UND PROFITGIER**
Gemeinsam wehren

ANTIMILITARISMUS

- 04 GEGEN KRIEGSTÜCHTIGKEIT**
Was tun?

ARBEITSWELT

- 05 PROTEST BEI ZF**
Den Abbau bekämpfen

- 06 BR-MOBGING**
„Nie wieder ist jetzt“?

MIETERHÖHUNGEN

- 07 MIETE UND PROFIT**
Initiative wehrt sich

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

im September hat sich der aufhaltbare Aufstieg des Faschismus auf Wahlebene massiv weiter fortgesetzt.

Zudem haben sich – mit Ausnahme der Linken, von Teilen der Grünen und jetzt auch der SPD – alle anderen Bundestagsparteien der rassistischen und menschenfeindlichen Remigrationspropaganda der AfD noch weiter angepasst.

Gleichzeitig verstärken sich nicht nur Militarismus und Klimazerstörung, sondern auch die sozialen Angriffe von Konzernen auf Beschäftigung und Tarifverträge.

Deshalb heißt es auf der Titelseite der Oktober-Ausgabe von *Avanti*²: „Gemeinsam gegen Hetze und Profitgier“.

In der Theoriebeilage veröffentlichen wir die sehr lesenswerten Überlegungen Leo Trotzki zur Notwendigkeit eines Aktionsprogramms und zum Kampf gegen den Faschismus.

Wir freuen uns, wenn Euch die Themenauswahl der neuen *Avanti*² zusagt!

Eure Redaktion

Titelbild: Grafik: NPA.

INHALT

ANTIRASSISMUS

- 08 „BEZAHLKARTE“**
Was will der Offene Brief?

INTERNATIONAL

- 09 FRANKREICH**
Neue Rechtsregierung

ISO / POLITISCHE BILDUNG

- 10 INFOABEND**
Kapitaloffensive und Rechtsruck?

- 11 ZUSCHRIFTEN**
Trotzki und Freud

RÜCKBLLENDE / TERMINE

- 12 ANTIFASCHISMUS**
Warum Lechleiter-Gedenken?

- 12 TERMINE**

THEORIEBEILAGE

- 01 ZUM ÜBERGANGSPROGRAMM**
Kampf gegen Faschismus

Strahlende Zukunft?

E. B.

2023 wurden die letzten drei deutschen AKW vom Netz genommen. Also alles endlich gut? Keineswegs! Die Hinterlassenschaft der „friedlichen“ Nutzung der Atomenergie ist sehr bedrohlich.

Hierzulande lagern mehr als 130.000 m³ schwach- und mittelradioaktive Abfälle (Stand: 31.12.22). Zudem rund 27.000 m³ hochradioaktiver Müll in 16 oberirdischen „Zwischenlagern“ wie Biblis und Philippsburg.

5 % des Atomabfalls ist hochradioaktiv, enthält aber 99 % der Radioaktivität aller Abfälle.

Dazu gehören rund 100 t hochgiftiges Plutonium. Wenige Milligramm können töten. Plutonium ist der „Stoff für die Bombe“. Es hat eine Halbwertszeit von 24.000 Jahren.

Im hochradioaktiven Abfall sind zudem Elemente mit Halbwertszeiten von etwa einer Million Jahren. Eine „Endlagerung“ ist nicht in Sicht. Dafür ist die Gefahr der Freisetzung von tödlicher Radioaktivität durch Flugzeugabstürze, Kriege oder Terrorismus sehr real.

Warum werden die Atomkonzerne und die politisch Verantwortlichen für dieses ökologische und finanzielle Desaster nicht haftbar gemacht?

(Quellen: base.bund.de, bge.de, spektrum.de.) ■

K
U
R
Z
&
K
N
A
P
P

Kein Geld? Nirgends?

M. G.

Die AfD und die von ihr bekämpften „Alt-Parteien“ hetzen zunehmend gegen Arme. Im Visier dieser verlogenen „Querfront“ sind Geflüchtete, Bürgergeld-beziehende und Erwerbslose.

In scharfem Kontrast zu dieser rassistischen und asozialen Propaganda steht die Realität. Ein Beispiel: Der Schaden durch illegale Steuertricks von Banken und Superreichen (CumCum-Geschäfte) wird auf 28,5 Milliarden Euro geschätzt. Dieses der Gesellschaft geklaute Geld wird dringend für Sozialwohnungen, das Bildungssystem oder den Klimaschutz gebraucht.

Bisher haben die Finanzbehörden nur einen Bruchteil dieser Steuermilliarden zurückgeholt. Am 26.09.24 hat der Bundestag jedoch mit den Stimmen der Ampel-Parteien und der CDU/CSU – bei Enthaltung der AfD – ein „Bürokratieentlastungsgesetz“ verabschiedet. U. a. ermöglicht es Banken, Beweise über ihre Beteiligung an CumCum-Geschäften früher zu vernichten. Wenn diese „entsorgt“ sind, dann sind auch die Steuermilliarden weg. Am 18.10.24 muss der Bundesrat dem noch zustimmen ...

(Quellen: bundestag.de, finanzwende.de.) ■

Gemeinsam gegen Hetze und Profitgier Widerstand organisieren

U. D.

In Sachsen, Thüringen und Brandenburg konnte sich die AfD bei den Landtagswahlen 2024 als 30 %-Partei etablieren. Auch wenn in diesen Bundesländern nur 11,3 % der Wahlberechtigten in Deutschland leben, ist dies ein schrilles Warnsignal.

Im Juli 1932 hatte Hitlers NSDAP bei den Wahlen in Thüringen 42,4 % erzielt. Von dort aus war es nicht mehr weit zur Machtübergabe an Hitler im Januar 1933. Der Nährboden der Faschisten war damals die schwere kapitalistische Krise, die autoritäre Antwort des Kapitals und der fehlende Willen von SPD und KPD, eine Einheitsfront gegen den Faschismus aufzubauen.

Der Schoß ist fruchtbar noch

1941 schrieb Bertolt Brecht in *Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui* die berühmten Sätze: „Daß keiner uns zu früh da triumphiert. Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“ Er sollte Recht behalten.

Erneut gibt es eine tiefe Krise des Kapitalismus. Weltweit verschärfen Kapital und bürgerliche Parteien ihre Politik gegenüber der arbeitenden Klasse. Denn das Kapital will seinen neoliberalen Raubzug, der die Welt verwüstet, fortsetzen. Es will weiter ungehemmt Mensch und Natur ausbeuten, um damit seine ungeheure Macht noch weiter auszubauen und seinen enormen Reichtum noch weiter zu vermehren.

Erneut entsteht so eine gesellschaftliche Gärung, die autoritäre und faschistische Strömungen stark werden lässt.

Deutschland einig Profit-Land

Auch in Deutschland konzentriert sich gesellschaftlicher Reichtum auf immer weniger Menschen. Das oberste Prozent besitzt rund 35 % des gesamten Vermögens, die untere Hälfte dagegen weniger als 2 %.

Seit Jahren erzielen die deutschen Konzerne aller Branchen Rekordgewinne. Ohne wirksamen Widerstand können sie restrukturieren, digitalisieren und globalisieren. Die Folgen sind Stilllegungen, Produktionsverlagerungen, Arbeitshetze und Personalabbau.

Politischen Flankenschutz erhalten sie von den bürgerlichen Parteien. Diese wälzen mit ihrer Politik die Kosten der Krise auf die arbeitende Klasse ab, statt die Superprofite abzuschöpfen.

Um von ihrer Verantwortung für die spürbaren sozialen Folgen abzulenken, übernimmt die „bürgerliche Mitte“ bereitwillig die Sündenbock-Hetze der AfD gegen Asylsuchende und Migrant:innen. So trägt sie direkt zur Stärkung der Faschisten bei.

Das Schweigen der Lämmer

Wie vor fast 100 Jahren sind die politische Linke und die Gewerkschaften organisatorisch und inhaltlich nicht ausreichend auf den Rechtsruck vorbereitet. Wieder klammern sich die Gewerkschaftsapparate in ihrer Mehrheit an das bürgerlich-kapitalistische System. Anstatt gegen die andauernden Angriffe von Kapital und bürgerlicher Politik konsequent Widerstand zu organisieren und so auf breiter Ebene Klassenbewusstsein zu schaffen, halten sie krampfhaft an dem Irrweg der Sozialpartnerschaft fest.

Das so entstandene politische Vakuum nutzt die AfD, um sich mit Lügen und Hetze als „Partei des Widerstands“ gegen die kapitalistische Krise zu inszenieren. Sie stellt sich als Arbeiter- und Friedenspartei dar und hat damit selbst bei vielen Gewerkschaftsmitgliedern Erfolg. Doch in Wahrheit steht sie für einen aggressiven völkischen Kapitalismus. Die arbeitende Klasse hat von ihr nichts zu erwarten als verschärfte Ausbeutung und am Ende Krieg.

„Sozialismus oder Barbarei“

Dieser Satz von Rosa Luxemburg hat von seiner Aktualität nichts eingebüßt. Faschismus und kapitalistische Barbarei können letztendlich nur besiegt werden, wenn deren Wurzel, der Kapitalismus, radikal beseitigt wird. Doch von dieser Idee ist die arbeitende Klasse zurzeit nicht überzeugt. Heute erfolgreich den Faschismus zu bekämpfen, heißt daher, seinen Nährboden trocken zu legen. Das bedeutet, die solidarische Gegenwehr gegen die kapitalistische Krisenpolitik und den Kampf für unmittelbar wirksame Verbesserungen zu organisieren.

Damit dies gelingt, braucht es ein Aktionsprogramm, das die Menschen, dort wo sie leben, lernen und arbeiten, organisiert und in Bewegung bringt. Ein Programm, das auf die drängendsten Probleme und Themen wie zum Beispiel Wohnen, soziale Sicherheit, Erwerbslosigkeit, Mindestlohn, Abrüstung, ökologischer Umbau, Teuerung, Energieversorgung oder Migration solidarische und glaubhafte Antworten formuliert.

Ein solches Aktionsprogramm kann nur von vielen, in unterschiedlichen Bereichen aktiven Menschen entwickelt und mit Leben gefüllt werden. Dazu braucht es aktionsfähige politische und gewerkschaftliche Gruppen, die sich um eine solche Diskussion herum aufbauen, in einer solidarischen ökologischen und sozialen Front miteinander vernetzen und den gemeinsamen Widerstand entwickeln. ■



Demo gegen AfD in Mannheim, 7. Juni 2024.

Foto: Helmut Roos.

Antikriegstag 2024 in Mannheim

„Friedensfähig statt kriegstüchtig!“

O. T.

Am 1. September, dem Antikriegstag, gab es in diesem Jahr in Mannheim zwei Veranstaltungen. Eine im Saal und die andere auf der Straße.

Ab 11 Uhr hatten der DGB Mannheim/Rhein Neckar-West, die DFG/VK, das Friedensbündnis Mannheim, die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung, der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt (KdA) der evangelischen Kirche, die Naturfreunde Mannheim sowie die VVN-BdA zu einer kulturpolitischen Matinee in das Ökumenische Bildungszentrum sanctclara eingeladen.

Im Anschluss daran gab es eine Demonstration durch die Innenstadt unter dem Motto „Friedensfähig statt kriegstüchtig!“, zu der neben dem Friedensbündnis Mannheim ein Bündnis von Organisationen – darunter auch die ISO Rhein-Neckar – aufgerufen hatte.

Mit Musik und Ansprachen für den Frieden

Die kulturpolitische Matinee wurde vor allem von ewo² – Bernd Köhler (Gitarre und Gesang), Laurent Leroi (Akkordeon) und Joachim Romeis (Geige) – mit vielen Antikriegs-Liedern gestaltet. Im überfüllten Veranstaltungssaal präsentierten sie vor ca. 100 interessierten Menschen ihr Programm in gewohnt mitreisender Form.

Kurze Reden hielten Sabine Leber-Hoischen, stellvertretende Vorsitzende des DGB Mannheim, Maximilian Heßlein, Sozialpfarrer vom KdA, und Hansi Weber, Naturfreunde Mannheim.

In den Ansprachen wurde die Notwendigkeit der Beendigung aller Kriege angemahnt, insbesondere aber der in der Ukraine und im Nahen Osten. Zudem wurden Friedensverhandlungen gefordert, Verbindungen zur Friedensverpflichtung des Grundgesetzes hergestellt und die hohen Militärausgaben kritisiert.

Besonders großen Zuspruch erhielt dabei die Rede von Maximilian Heßlein. Er schlug die Brücke von der Schuld Deutschlands an den zwei Weltkriegen bis zur hieraus resultierenden Verantwortung, sich für den Frieden und das Ende der Kriege heute einzusetzen. Was aber gerade nicht geschehe.

Er wies eindringlich auf die schlimmen Auswirkungen der Kriege hin, die durch nichts zu rechtfertigen sind. Die vorgesehene Hochrüstung und die geplante Stationierung neuer Raketen in Deutschland, so Heßlein, wird ohne demokratische Teilhabe der Bevölkerung durchgezogen. Der Einsatz für Frieden sei das Gebot der Stunde.

Demo für Frieden – gegen Kriegstüchtigkeit

Nach dem Ende der Saalveranstaltung in sanctclara startete ab 14 Uhr die Bündnis-Demo vom Schlossplatz zum Paradeplatz, über die Planken bis zum Abschluss auf dem Willy-Brandt-Platz. Knapp 100 Menschen beteiligten sich an der rund 2-stündigen Demo durch die Innenstadt, die von mehreren Zwischenkundgebungen unterbrochen wurde. Die ISO Rhein-Neckar war mit dem Transparent „Stoppt die Kriegstreiber – überall!“ vertreten. Außerdem verteilten Aktive unser Flugblatt zum Antikriegstag.

Hauptthemen waren wie schon zuvor auf der Veranstaltung in sanctclara die aktuellen Kriege, hier neben dem Ukrainekrieg vor allem der Gazakrieg, aber auch die Aufrüstung, die damit verbundene Übertragung der Kosten auf die abhängig Beschäftigten und die fehlende Friedensbereitschaft der politisch Verantwortlichen.

Die Hauptrede auf der Abschlusskundgebung am Hauptbahnhof hielt für das Friedensbündnis Sibylle Brosius, Vorstandsmitglied im Verein NatWiss e.V. (NaturwissenschaftlerInnen in Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit).

Sie kritisierte vor allem die geplante Stationierung von modernen Mittelstreckenraketen in Deutschland durch die USA. Diese sind so ausgerüstet, dass sie innerhalb kürzester Zeit Ziele in Russland treffen können. Dass die geplanten Flugkörper mit konventionellen Sprengköpfen ausgerüstet werden, macht ihren Einsatz wahrscheinlicher. Zudem sind sie nuklearfähig und können mit Atomwaffen bestückt werden. So droht Deutschland, wie schon im Kalten Krieg, mögliche Abschussrampe, Zielscheibe und Schlachtfeld eines Atomkriegs zu werden. Das gilt es zu verhindern!



Antikriegsdemo in Mannheim, 1. September 2024.

Foto: H. S.

Protest gegen Abbaupläne bei ZF „Zukunft oder Widerstand“

E. B.

Seit Ende Juli 2024 ist bekannt, dass der Automobilzulieferer ZF rund 14.000 Arbeitsplätze in Deutschland bis 2028 abbauen will. Von diesem Kahlschlag wäre fast ein Viertel aller 54.000 ZF-Beschäftigten hierzulande direkt betroffen – in der Produktion und in den Büros.

Auch in Mannheim gibt es ein ZF-Werk. Dort war es im Vorfeld der Kriegserklärung gegen tausende Existenzen – wie in anderen ZF-Fabriken – zu juristischen Angriffen auf Betriebsräte gekommen. ZF ist vor allem durch den 2020 vollzogenen Erwerb des US-amerikanischen Bremsenherstellers WABCO für 7 Milliarden Dollar in eine finanzielle Schieflage geraten. Der Kauf war 2019 vom damaligen Vorsitzenden des Vorstands von ZF gepriesen worden: „Wir sind davon überzeugt, dass ZF gemeinsam mit WABCO [...] langfristig Mehrwert und Sicherheit für seine Kunden, Mitarbeiter und Gesellschafter schafft.“ Denn, „der Zukauf stärkt ZF nachhaltig.“ Die Zeche für diese grobe Fehleinschätzung sollen jetzt die Beschäftigten zahlen

Gegen die Kahlschlagpläne des ZF-Vorstandes organisierte die IG Metall (IGM) am 10. September 2024 einen bundesweiten Protesttag. Nach Angaben der Gewerkschaft beteiligten sich daran 20.000 ZF-Beschäftigte.

Sie forderten den Stopp des „planlosen und teuren Stellenabbaus“, die Aufgabe der Verlagerungspläne in Niedriglohnländer, Investitionen in die deutschen Standorte, die Kündigung der Unternehmensberatung McKinsey und eine Beschäftigungssicherung bis 2030.

„Frontalangriff auf die Beschäftigten“

„Wir erleben einen Frontalangriff auf die Beschäftigten in Deutschland“, kommentierte Achim Dietrich, der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von ZF. „Wir werden aber den kompletten Werkzeugkasten des Betriebsrats ausnutzen, um Druck aufzubauen“, erklärte er gegenüber dem Sender SWR.

Und die IGM-Konzernbetreuerin sekundierte: „Bei einem Personalkostenanteil von unter 18 Prozent zu behaupten, die deutschen Beschäftigten seien an allem schuld und die Rettung der ZF liege in Niedrig-

lohnländern – oder ‚Best-Cost-Countries‘, wie es neudeutsch heißt, ist ein Hohn.“

Bundesweit Aufsehen erregte am 10. September 2024 auch der Protest der 350 Beschäftigten des Mannheimer ZF-Werks im Stadtteil Friedrichsfeld. Unter dem Motto „Zukunft oder Widerstand“ fand zunächst ein Autokorso mit 173 Fahrzeugen vom Betrieb zum Mannheimer Friedensplatz statt. An der dortigen Kundgebung beteiligten sich dann sogar insgesamt etwa 500 Menschen, denn die örtliche IGM hatte zur Solidarität aufgerufen. Deshalb waren Delegationen aus zahlreichen anderen Betrieben anwesend (Alstom, Benz, Caterpillar, GE, John Deere, Mercedes-Niederlassung ...)

„Wir werden kämpfen!“

Aykan Okur, der IGM-Vertrauenskörperleiter bei ZF Mannheim, brachte bei der Kundgebung die Empörung der Belegschaft auf den Punkt: „Wir werden dem Vernichten der Arbeitsplätze nicht zusehen.“ Sein Kollege, der Betriebsratsvorsitzende Markus Doberstein, unterstrich die Kampfbe-

reitschaft der Kolleginnen und Kollegen von ZF: „Wir lassen nicht zu, dass die Fehler des Managements auf unserem Rücken ausgetragen werden. Wir sind am Standort Mannheim sehr, sehr gut organisiert. Und wir werden kämpfen.“

Thomas Hahl, 1. Bevollmächtigter der örtlichen IGM forderte offenzulegen, „welche Subventionen ein Konzern wie ZF in der Vergangenheit bekommen hat.“ Er erinnerte zudem an Artikel 14 des Grundgesetzes, das die „Sozialbindung des Eigentums“ festschreibt. Hahl verlangte „die sofortige Rücknahme der Arbeitsplatzvernichtung“ und kritisierte den „Raubtierkapitalismus“ der Kapitaleigner.

Solidarische Grüße überbrachten unter anderem auch die Vorsitzenden des DGB Mannheim und Aktive des Überbetrieblichen Solidaritätskomitees Rhein-Neckar. Musikalisch machte Bernd Köhler überzeugend Mut zu einem Widerstand, der in den kommenden Monaten nicht nur bei ZF unbedingt weiterentwickelt werden muss. ■



Protest gegen die Abbaupläne bei ZF in Mannheim, 10. September 2024.

Foto: Helmut Roos.

Gegen BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung Vor der 11. Konferenz „Betriebsräte im Visier“

H. N.

Gegen „Bossing, Mobbing & Co.“ wendet sich die bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier“. Sie findet am 12. Oktober 2024 im Mannheimer Gewerkschaftshaus statt.

In der Einladung zu der bereits zum elften Mal stattfindenden Tagung wird die wohl eher rhetorische Frage gestellt: „Sind BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung mittlerweile alltäglich im deutschen Rechtsstaat?“

Die Antwort lautet: „Es fällt schwer, diese Frage mit Nein zu beantworten. Selbst im Heidelberger Unternehmen des BDA-Präsidenten Dulger konnte der gewerkschaftlich organisierte Betriebsrat zerschlagen werden.“

Allein in der Rhein-Neckar Region sind in den letzten Jahren dem Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ zufolge in rund 40 Unternehmen aktive Betriebsrats- und Gewerkschaftsmitglieder massiv angegriffen worden.

Erschreckende Bandbreite

Die uns vorliegende Liste zeigt die erschreckende Bandbreite des kriminellen Treibens von skrupellosen Geschäftsleitungen und deren Helfershelfer in professionellen Unrechtskanzleien und bei dubiosen „Dienstleistern“ für die Bspitzelung von betrieblichen Interessenvertretungen.

Vor allem konzentriert sich das Geschehen auf Firmen aus den Betreuungsbereichen der IG BCE, der IG Metall, der NGG und nicht zuletzt von ver.di.

In der Aufstellung des Soli-Komitees taucht der kleine Autohändler ebenso auf wie der Großbetrieb in der Metallindustrie. Auch die regionalen Standorte und Niederlassungen weltweit agierender Konzerne – sei es im Bereich des „Fast Food“, im Sektor der Produktion von Chemieprodukten, in der Entwicklung von Software oder im Möbelhandel – geben sich ein Stelldichein. Filialen bundesweit agierender Buchhandelsketten oder von Bio-Märkten fehlen genauso wenig wie das städtische Tochterunternehmen, der große Strom- und Fernwärmeerzeuger oder der kleine Vermarkter von regenerativen Energien.

Nachwirken des Faschismus

Die letztjährige Konferenz hat in ihrer Entschließung gefordert, dass die Durchsetzung eines „Rechts des Stärkeren“ in Firmen und Einrichtungen konsequent bekämpft werden müsse. Skandalöser Weise werde das Mobbing von Betriebsräten in der Öffentlichkeit viel zu wenig wahrgenommen und angeprangert.

Diese Situation ermutigt laut dem Komitee die Täter, die zudem meist weder rechtlich verfolgt noch belangt würden. Die gemobbten und gekündigten Opfer müssten hingegen ihre Unschuld beweisen.

Dieser von der Öffentlichkeit weitgehend ignorierte Fakt beruht vor allem auf dem Nachwirken des faschistischen Arbeitsunrechts. Das dort begründete Mittel der „Verdachtskündigung“ wird von der Arbeitsgerichtsbarkeit als „legal“ angesehen. Dabei ist offensichtlich, dass es elementaren deutschen und internationalen Rechtsgrundsätzen widerspricht.

Demokratische Gegenmacht stärken

Auf der Tagung am 12. Oktober wird deshalb der notwendige Kampf gegen das Fortwirken des faschistischen Arbeitsunrechts besonders thematisiert werden. Zudem soll die Frage beantwortet werden, wie gewerkschaftliche Gegenmacht im Betrieb trotz BR-Mobbing entwickelt und verteidigt werden kann. Am Beispiel der Tesla-Fabrik des extrem rechten Multimilliardärs Elon Musk in Brandenburg wird dessen radikaler Versuch beleuchtet werden, in einem Großbetrieb der Autoindustrie eine gewerkschaftsfreie Zone durchzusetzen.

Es ist für das Mannheimer Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ und die Mitveranstalter der Konferenz jetzt zwingend erforderlich, demokratische Gegenmacht in Betrieben und der Gesellschaft zu stärken. Dies ist in der Tat eine wesentliche Voraussetzung, um nicht nur Betriebsrats- und Gewerkschaftsbekämpfung, sondern auch die sich verschärfenden Kapitalangriffe und den bedrohlichen Rechtsruck stoppen zu können.

Die bevorstehende Zusammenkunft soll die bundesweite Zusammenarbeit gegen BR-Mobbing weiter vertiefen. Insbesondere will sie aber „erneut ein solidarisches Forum zum persönlichen Erfahrungsaustausch und zur praktischen Unterstützung anbieten“.

Betriebsräte im Visier

Bossing, Mobbing & Co.

Nie wieder ist jetzt!

Konferenz

mit betroffenen Kolleg:innen aus verschiedenen Branchen,
Lars Treusch (DGB Baden-Württemberg)
Thomas Hahl (1. Bevollmächtigter IGM Mannheim)
Jannes Bojert (Leiter Tesla-Team der IGM)
Wolfgang Thurner (IG Metall Vorstand)
und vielen anderen

Samstag, 12. Oktober 2024

13:00 – 19:00 Uhr
Gewerkschaftshaus Mannheim
Hans-Böckler-Str. 1, 68161 Mannheim

www.gegen-br-mobbing.de

Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ Mannheim
mit freundlicher Unterstützung der IG Metall Mannheim und der
Anlaufstelle gegen Union Busting beim IGM-Vorstand
sowie von DGB Baden-Württemberg, IG BCE OG Weinheim, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt Baden, Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di Rhein-Neckar und work-watch Köln

Heidelberg

Protest gegen städtische Wohnungsbaugesellschaft NEIN zu Mieterhöhungen im Höllenstein-Quartier!

A. N.

Am 19. September 2024 übergaben Mieter:innen des Höllenstein-Quartiers der städtischen Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz mbH Heidelberg (GGH) 250 Unterschriften gegen unangemessene Mieterhöhungen von 8 - 10 %. Sie planen, sich mit anderen Mieter:innen der GGH zusammenzuschließen.

Von den Mieterhöhungen sind nicht nur ein Großteil der 335 Mieteinheiten des Höllenstein-Quartiers betroffen, sondern 6.125 der 7.270 Mieter:innen in GGH-Wohnungen in ganz Heidelberg.

GGH vertreibt Mieter:innen

Der Ärger und die Sorge der Mieter:innen im Höllenstein-Quartier ist groß. Nach einer Erhöhung 2021 inmitten der Pandemie stellt dies nun für viele die zweite, häufig gar dritte Erhöhung der Kaltmiete innerhalb weniger Jahre dar.

Die Mieter:innen schreiben dazu in ihrem Offenen Brief an die GGH, den Gemeinderat und den ersten Bürgermeister Jürgen Obszuk: „In den letzten Jahren haben massive und wiederholte Erhöhungen der Miete und der Nebenkosten bereits insbesondere Alleinerziehende und andere Menschen in prekären Lebenslagen aus dem Höllenstein-Quartier vertrieben. Für einige Mieter:innen läge die Kaltmiete mit der geplanten Erhöhung mehr als 300 € über dem, was sie bei Einzug 2016 zahlten. Mit den jährlich steigenden Nebenkosten würde das einer Steigerung der Gesamtmiete um etwa 500 € innerhalb von 8 Jahren gleichkommen.“

Dabei wird erstmals auch im öffentlich geförderten Wohnraum die Miete erhöht. Ebenso wie im frei finanzierten Wohnraum droht die GGH mit einem gerichtlichen Verfahren, sollten Mieter:innen der Erhöhung nicht zustimmen.

Initiative der Mieter:innen

Die Mieter:innen des Höllenstein-Quartiers haben beschlossen, dies nicht widerspruchslos hinzunehmen. Sie kamen zu zwei Mieter:innentreffen zusammen, in denen sie ihrem Ärger Luft machten und ihr Vorgehen planten. Ein Offener Brief wurde formuliert und Unterschriften im gesamten Quartier gesammelt.

Darin stellen die Mieter:innen folgende Forderungen:

„Wir leben gerne im Höllenstein-Quartier und wollen, dass unser Zuhause weiterhin bezahlbar, familien- und arbeiterfreundlich, barrierearm und inklusiv bleibt!

Wir fordern deswegen:

- Einhaltung gesetzlicher Regelungen, in diesem Fall insbesondere in Bezug auf geförderten Wohnraum!
- Rücknahme der angekündigten Mieterhöhung; auch für die Mieter:innen, die aufgrund der Einschüchterungen und unserer Abhängigkeit von Wohnraum bereits ihre Zustimmung gegeben haben!
- Schnelle und zuverlässige Beseitigung der genannten Mängel!
- Keine Diskriminierung der Mieter:innen des sozial geförderten Wohnraums!
- Transparente und nachvollziehbare Aufstellung der Nebenkosten. Keine unnötigen oder überteuerten Ausgaben, sondern demokratische Planung unter Ein-

bezug der Mieter:innen!

Kein Profit mit unserem Grundrecht auf Wohnen!“

Wie weiter?

Die Mieter:innen des Höllenstein-Quartiers sind sich bewusst, dass die 250 Unterschriften nicht ausreichen werden, um die Mietpreispolitik der städtischen Wohnungsbaugesellschaft zu ändern. So kam schon bei der Kundgebung zur Übergabe des Briefes und der Unterschriften die Frage auf: Wie machen wir jetzt weiter?

Die gemeinsame Antwort der Mieter:innen: Es werden weiter Kontakte zu verschiedenen Akteuren der Stadtpolitik geknüpft. Insbesondere soll ein Zusammenschluss mit GGH-Mieter:innen in anderen Heidelberger Wohngebieten angestrebt werden. Hierzu rufen die Mieter:innen im Höllenstein alle Mieter:innen dazu auf, per Mail (miete.hoellenstein@gmx.de) mit ihnen Kontakt aufzunehmen. ■



Protest gegen Mieterhöhungen in Heidelberg, 19. September 2024.

Foto: Privat.

Offener Brief zur Bezahlkarte

„Die Bezahlkarte diskriminiert und grenzt aus!“

N. B.

Auch das Land Baden-Württemberg hat sich für die Einführung der Bezahlkarte für Asylsuchende entschieden. 19 Mannheimer Initiativen und Einrichtungen sprechen sich in einem Offenen Brief dafür aus, die diskriminierenden und ausgrenzenden Folgen der Bezahlkarte in der Stadt Mannheim so gering wie möglich zu halten.

Wir zitieren hier aus dem Offenen Brief an den Gemeinderat sowie die Mannheimer Abgeordneten des Land- und des Bundestags:

„Die Bezahlkarte diskriminiert und grenzt aus!“

Gestalten wir sie zumindest so, dass wir uns weiterhin auf humanitärem Parkett bewegen!

Am 12.04.2024 schuf der Bundestag den gesetzlichen Rahmen dafür, dass finanzielle soziale Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz auf Landes- und kommunaler Ebene künftig auch in Form der so genannten Bezahlkarte ausbezahlt werden können.

Wir sprechen uns entschieden gegen die Bezahlkarte aus, weil sie geflüchtete Menschen stigmatisiert und diskriminiert, sie in ihrer Lebensführung bevormundet, ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erschwert und die Arbeit der in der Integrationsarbeit tätigen Menschen erschwert. Die Einführung der Bezahlkarte ist in unseren Augen ein kontraproduktives (wenn nicht sogar gefährliches) politisches Zeichen an die Gesellschaft, denn sie weist nicht in Richtung Integration, sondern in Richtung Ausgrenzung.

Der Bund hat den Ländern und Kommunen freigestellt, ob bzw. in welcher Form sie die Bezahlkarte einführen. Da sich das Land Baden-Württemberg für die Einführung der Bezahlkarte entschieden hat, müssen wir leider damit rechnen, dass diese auch in Mannheim eingeführt wird. Sollte dies der Fall sein, bitten wir die Verantwortlichen dringend, die Bezahlkarte so zu ge-

stalten, dass die absehbar negativen Auswirkungen so gering wie möglich gehalten werden. Folgende Aspekte sind unserer Ansicht nach zu berücksichtigen:

Die Bezahlkarte muss

- ... **ohne Einschränkungen nutzbar sein:** Barabhebungen sind ohne monatliche Obergrenze und ohne Gebühren möglich.
- ... **den bargeldlosen Zahlungsverkehr mit Dritten ermöglichen:** Um z. B. das Deutschlandticket nutzen zu können, müssen monatliche Abbuchungen möglich sein. Im bargeldlosen Zahlungsverkehr ist die Privatsphäre der Kartennutzer:innen und das Recht auf Vertraulichkeit zu wahren. Überweisungen oder Lastschriften mit der Karte sollten daher durch die Nutzer:innen selbst, ohne Umweg über die Behörde, vorgenommen werden können. Einkaufen mit der Karte sollte ohne räumliche Beschränkungen sowie ohne Ausschluss bestimmter Branchen möglich sein.
- ... **auf einen möglichst kleinen Personenkreis begrenzt sein:** Die Bezahlkarte sollte nur für geflüchtete Menschen Verwendung finden, die ganz neu in Deutschland sind und deshalb noch kein eigenes Bankkonto eröffnen konnten.
- ... **möglichst zeitlich begrenzt sein:** Sobald die Leistungsberechtigten über ein eigenes Basiskonto bei einer Bank verfügen, sollte die Auszahlung der monatlichen Leistungen umgehend von der Bezahlkarte auf das eigene Basiskonto umgestellt werden.
- ... **diskriminierungsfrei im Alltag verwendet werden können:**
 - Die Bezahlkarte sollte von außen nicht von einer regulären Bankkarte zu unterscheiden sein
 - Mit der Einführung der Bezahlkarte steht die Stadt mit in der Verantwortung dafür, dass deren Inhaber:innen mit dieser Karte in allen Geschäften und an allen Stellen gebührenfrei bezahlen können, auch im lokalen Einzelhandel
- ... **von Anfang an störungsfrei funktionieren:** Bereits jetzt führen kurzfristige, unverschuldete Unterbrechungen des Leistungsbezugs oft zu existenziellen Notlagen der Betroffenen, da diese in der Regel keinerlei finanzielle Rücklage haben. Vor Einführung ist daher die Schaffung technischer und personeller Voraussetzungen sicherzustellen.
- ... **so funktionieren, dass es zu keiner zusätzlichen Belastung von ehrenamtlichen und nicht-staatlichen Unterstützer:innen kommt.**

Abschließend bitten die Unterzeichner:innen die Abgeordneten darum, ihre Einflussmöglichkeiten auf Landesregierung und -politik in Bezug auf landesweite Vorgaben und Rahmenbedingungen zu nutzen, gerade auch, wenn es um eine einheitlichere Gestaltung der Bezahlkarte in Baden-Württemberg gehen soll. ■



Antirassistischer Protest in Mannheim, 18. April 2020.

Foto: Avanti?.

Frankreich

Neue Rechtsregierung als Sprungbrett für Faschisten?

M. G.

Mehr als zwei Monate nach den Parlamentswahlen hat Staatspräsident Macron als neuen Premierminister den extrem rechten Politiker Michel Barnier der Partei Les Républicains (LR – Die Republikaner) ernannt. Damit hat er eine Regierung der linken Nouveau Front Populaire (NFP – Neue Populäre Front) verhindert.

Macron missachtet damit ganz im Sinne der Ultrareichen nicht nur die parlamentarische Demokratie und den Wahlsieger NFP, sondern ermöglicht eine Regierung der Verlierer der Parlamentswahlen.

Der faschistische Rassemblement National von Madame Le Pen (RN – Nationale Sammlung) ist für die neue Regierung unentbehrlich geworden. Bardella, die Nummer Zwei des RN, prahlte: „Nichts geht ohne den RN.“ Der RN wolle sich nicht am „institutionellen Durcheinander und demokratischen Chaos“ beteiligen. Die neue Regierung erhalte nur dann die Unterstützung der Faschisten, wenn sie eine noch fremdenfeindlichere und rassistischere Politik als bisher verfolge.

Eine Regierung im Dienst der Bosse

Macron hat einen Premierminister der schwächsten Parlamentsfraktion ausgewählt, um eine Politik der Austerität, der Repression, des Rassismus und der Reaktion zu ermöglichen. Die zu seiner Unterstützung ausgewählten Regierungsmitglieder machen deutlich, welches Programm umgesetzt werden soll.

Es war bekannt, dass die Fünfte Republik sehr antidemokratisch ist. Macron und Barnier haben nun beschlossen, deren autoritäres Potenzial maximal auszureizen. Obwohl die Parlamentswahlen der NFP eine relative Mehrheit bescherten, wurde eine Regierung aus einem Bündnis von Rechten und extremen Rechten gebildet.

Da sie unter der ständigen Bedrohung eines Misstrauensantrags steht, kann sie sich nur halten, wenn sie eine Politik betreibt, die sich den Forderungen des faschistischen RN beugt.

Auch die in Umlauf gebrachten Haushaltspläne sind eindeutig: plus 3,3 Milliarden Euro für die Kriegsrüstung, minus 2,3 Milliarden für das Arbeitsministerium, Kürzung bei der Hochschulbildung, Stagnation in den Bereichen Gesundheit, Schule und Kultur trotz ständig steigender Kosten ...

Eine Regierung der Reaktion

Die Vereinbarungen der Macronisten mit den LR, die von der RN unterstützt wird, haben einen reaktionären Inhalt – ganz nach dem Geschmack der extremen Rechten.

Es ist bekannt, dass Barnier selbst reaktionär ist. Seine Ablehnung beispielsweise der Entkriminalisierung der Homosexualität beweist das. Es ist bekannt, dass er rassistisch ist, wie seine Kampagne für die LR-Vorwahlen 2022 belegt hat.

Die Ernennung des extrem rechten Politikers Retailleau zum Innenminister kündigt die Verstärkung von Hass und Hetze an:

Jagd auf Migrant:innen, Verschärfung der Anti-Immigrationsmaßnahmen, Angriffe auf LGBTI, Ausweitung der politischen und sozialen Repression ...

Die herrschende Macht kennt nur das Kräfteverhältnis und schert sich nicht einmal um ihre bürgerlichen Institutionen und um Wahlen. Um Macron, Barnier und seine Regierung zu Fall zu bringen, wird es keine Abkürzung über die parlamentarischen Institutionen geben.

Widerstand gegen diese Regierung und ihre Politik!

Um die reaktionäre und antisoziale Politik der neuen Regierung verhindern und um das Aktionsprogramm der NFP durchsetzen zu können, sind nach Überzeugung unserer Schwesterorganisation Nouveau Parti Anticapitaliste (NPA – Neue antikapitalistische Partei) massive Streiks und Demos unabdingbar.

Die Stärke der für den Oktober angekündigten gewerkschaftlichen und politischen Proteste ist entscheidend für die Änderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses zu Gunsten der Ausgebeuteten und Unterdrückten.

Erforderlich ist jetzt die Verbindung aller Kämpfe gegen Kapital, Reaktion und Faschismus, um eine soziale und politische Front aufbauen zu können. Nur so kann der notwendige Druck für die Verwirklichung der Forderungen des Aktionsprogramms der NFP erzeugt werden: für die Erhöhung der Löhne und aller Einkommen, für Notfallpläne im Gesundheits- und im Bildungsbereich, für die Rücknahme der „Rentenreform“ und für die Verteidigung der Rechte in der Arbeitswelt. ■



Protest gegen Macron in Paris, 7. September 2024.

„Was tun gegen Kapitaloffensive und Rechtsruck?“

Bericht vom Infoabend der ISO Rhein-Neckar im September 2024

N. B.

Das weitere Erstarken der AfD, insbesondere bei den jüngsten Landtagswahlen, und zunehmende Angriffe gegen abhängig Beschäftigte und Gruppen in prekären Lebenslagen sind bedrohliche Entwicklungen. Wir beschäftigen uns schon länger damit, aber die Lage spitzt sich immer mehr zu.

So diskutierten wir auch bei unserem Infoabend am 27.09.2024 angeregt, vielfältig, besorgt und voller Tatendrang, wie wir noch mehr zur Gegenwehr beitragen können.

Faschistische Bedrohung

In seinem knappen, aber umfassenden Referat stellte unser Referent einige Fakten zum anhaltenden Rechtsruck heraus. In den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg in den letzten Wochen erhielt die AfD jeweils etwa 1/3 der gültigen Stimmen.

In der Diskussion machte eine Teilnehmerin besonders auf das Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW) aufmerksam. Dessen Führungssikone vertritt für die Partei bei ihrem teilweise sozialen Anspruch in vielen Punkten neoliberale bis national-reaktionäre Positionen.

Unser Referent ergänzte, dass das BSW auch ein Ergebnis der Zersetzung der großen Parteien sei. Das daraus entstehende politische Vakuum werde bisher nur von rechten bis faschistischen Kräften gefüllt, da es an durchsetzungsfähigen linken und klassenpolitischen Perspektiven fehle.

Doch was kennzeichnet den Faschismus? Durch die Zersplitterung der arbeitenden Klasse setzt er die kapitalistische Ausbeutung gewaltsam durch und schafft eine offene und aggressive Diktatur des Kapitals.

Dabei erscheint der wirtschaftliche Unterschied zum Neoliberalismus größer, als er tatsächlich ist. 2023 besaßen laut einer

Oxfam-Studie die reichsten 0,1 % in Deutschland 20,4 % des Vermögens, während die ärmere Hälfte gerade einmal über 1,3 % des Vermögens verfügt. Diese extremen Machtverhältnisse erhöhen die parlamentarische Demokratie im herrschenden Neoliberalismus zunehmend aus.

Krise der Industrie oder Krise der Gegenmacht?

Dieses nicht nur finanzielle Machtverhältnis zeigt sich auch in der medialen Präsenz der Lügen der großen Konzerne. Während VW 2023 mit 16,3 Milliarden US-Dollar Gewinn der Automobilhersteller mit dem drittgrößten Gewinn weltweit war, klagt der Konzern heute über seine „Krise“. Sie könne nur mit massenhaften Kündigungen und mit Standortschließungen bewältigt werden.

Und was tut die zuständige Gewerkschaftsführung? Sie hat ihre Forderung nach Arbeitszeitverkürzung genau zu dem Zeitpunkt fallengelassen, zu dem sie besonders einleuchtend und bedeutsam ist. Und sie wagt nicht, die Logik der kapitalistischen Profitmaximierung real zu bekämpfen.

Einen Hoffnungsschimmer in einer sich verdüsternden Lage sahen die Diskutierenden im Organisieren von Solidarität in konkreten Auseinandersetzungen, die Menschen direkt betreffen. Das gilt für betriebliche Auseinandersetzungen um den Erhalt von Arbeitsplätzen oder die Verteidigung demokratischer Rechte genauso wie für Mietkämpfe. In solchen Konflikten gelingt es immer wieder, auch Jüngere und Menschen in unterschiedlichen Lebenssituationen in aktive Gegenwehr mit einzubeziehen.

Als große Herausforderung und gleichzeitig Knackpunkt im Kampf gegen Faschismus und Kapitaloffensive sahen die Teilnehmenden die Verknüpfung konkreter Forderungen im Kleinen mit Grundsatzfragen („Ist Arbeiten/Wohnen nicht ein Grundrecht?“) und übergreifenden Kämpfen. Denn die großen Krisen vom Klima über Militarismus bis hin zur Produktion lassen sich letztlich nur global lösen durch eine internationale Bewegung der Produzent:innen des gesellschaftlichen Reichtums.

Bevor es wieder zu spät ist

Ein großes Ziel, doch was bleibt uns anderes, als genau jetzt mit aller Kraft darauf hinzuarbeiten? So zitierte unser Referent in seinem Schlusswort Erich Kästner: „Die Ereignisse von 1933 bis 1945 hätten spätestens 1928 bekämpft werden müssen. Später war es zu spät. Man darf nicht warten, bis der Freiheitskampf Landesverrat genannt wird. Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist. Man muss den rollenden Schneeball zertreten. Die Lawine hält keiner mehr auf ...“



DGB-Demo in Mannheim, 1. Mai 2024.

Foto: Avanti?.

„Trotzki und Freud“ – ein Gedankenaustausch

Aufgrund der Veröffentlichung von Helmut Dahmers Artikel „Trotzki und Freud“ in der Theoriebeilage zu *Avanti*², Nr. 119 / 120 von Juli / August 2024 erreichte uns am 4. Juli 2024 mit elektronischer Post der im Folgenden wiedergegebene Leserbrief.

Liebe Genoss:innen,

ich freue mich immer wieder über die neue *Avanti* und besonders den Theorie-Teil, wo ja oft der Genosse Helmut zu Wort kommt.

Die *Avanti* ist m. E. sehr gut auf Praxis und knappe wichtige Informationen orientiert, der Theorie-Teil oft zu weit davon entfernt.

Natürlich ist es sehr interessant zu lesen, welche Gemeinsamkeiten im Denken zwischen Marx und Freud bestehen, dass sie beide jeweils die gesellschaftlichen bzw. psychischen Hintergründe erkunden usw.

Der Artikel bleibt mir aber zu allgemein. Vielleicht war das

auch seine Absicht.

Mich würden aber die für heute wichtigen psychischen – die wirtschaftlichen sind mir bekannt – Hintergründe der Entstehung des Faschismus interessieren, die m. E. für die Auseinandersetzung mit Rechts-Denkenden noch wichtiger sind als politische Argumente.

Wenn Helmut D. – oder andere – da genauere Hinweise, Anstöße, Texte ... (nicht nur Stichworte wie autoritärer Charakter, noch oben buckeln, nach unten treten ...) geben könnten, wäre ich sehr dankbar.

Mit herzlichen solidarischen Grüßen

Werner

Helmut Dahmer antwortete darauf wenige Stunden später.

Lieber Werner,

vielen Dank für die Übermittlung Deines Briefes, der ein paar Fragen aufwirft, die in jedem Fall beantwortet werden sollten, was ich hier kurz versuche:

1. Zwischen Praxis (oder auch „Empirie“) und „Theorie“ besteht eine Kluft, die nicht zu leugnen und auch nicht einfach „irgendwie“ zu überbrücken ist.

2. Das Verhältnis zwischen Marx und Freud ist 100 Jahre lang als eines des Gegensatzes und der Konkurrenz fehlverstanden worden. Dass sie gemeinsame „philosophische“ Wurzeln (Hegel bzw. dessen Kritiker, Schelling und Feuerbach) hatten, auf der Suche nach einem Ausweg aus der „Kultur“ der Gegenwart waren und darum ein neuartiges Verfahren der Kritik (der Ökonomie bzw. der Psychologie) erfanden, wird noch kaum gesehen. Darüber habe ich ein Buch geschrieben (*Die unnatürliche Wissenschaft*), und das ist natürlich ein „theoretisches“, also „allgemeines“.

3. Unter den Marx-Schülern sind Trotzki und Horkheimer fast die einzigen, die sich für Freuds Theorie interessierten und etwas damit anzufangen wussten. Aber was? Sie wollten den Triumph der Gegenrevolution(en) verstehen, und dazu schien ihnen die Freud'sche Theorie der „Abwehrmechanismen“ und der „Projektion“ hilfreich. In einem anderen Buch – wiederum einem „theoretischen“ (*Trotzki, die Psychoanalyse und die kannibalischen Regime*) – habe ich herausgearbeitet, wie die beiden (Horkheimer und Trotzki) verfahren sind, um sich gegenüber ihren (und unseren) Gegnern zu behaupten. Der Artikel in *Avanti* ist nur eine Skizze dazu ...

4. Versuche, die Sozialpsychologie der (aktiven und potentiellen) Faschisten zu verstehen, gibt es seit 100 Jahren. In einem umfangreicheren Artikel mit dem Titel „Die faschistische Gefahr“ [www.iso-4-rhein-neckar.de/die-faschistische-gefahr/], der für ein anderes Publikum geschrieben wurde, bin ich stärker als in *Avanti* [Nr. 119 /120] auch *darauf* eingegangen.

Herzlichen Gruß!

Helmut



Bestellung über:

Internationale Sozialistische Organisation (ISO)
deutsche Sektion der IV. Internationale

Regentenstr. 57-59, 51063 Köln

iso@intersoz.org

Preis: 2,- Euro zzgl. Porto

★ ★ ★

Erinnern heißt verändern!

Lechleiter-Gedenken

O. T.

Am 15. September fand auch in diesem Jahr wieder das von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) initiierte Gedenken für die Mannheimer Widerstandsgruppe um Georg Lechleiter statt. Rund 100 Menschen nahmen auf dem Lechleiter-Platz an der Veranstaltung teil.

Die Lechleiter-Gruppe war auch deshalb beispielhaft, weil sich in ihr kommunistische, sozialdemokratische und andere Gegner des Faschismus zusammenschlossen. Sie fanden also unter den Bedingungen der Nazi-Diktatur zur gemeinsamen Aktion, die vor 1933 in Form einer deutschlandweiten Einheitsfront der Arbeiterbewegung die Machtübergabe an die Faschisten hätte verhindern können.

Von den mindestens 32 angeklagten Mitgliedern der 1939 gegründeten Widerstandsgruppe bezahlten 22 in den Jahren 1942 und 1943 den braunen Terror mit ihrem Leben,

Musikalisch trug die Sängerin und Liedermacherin Joana mit bekannten antifaschistischen Liedern besonders zum guten Gelingen des Gedenkens bei. Neben der Hauptrede von Florian Gutsche (Bundesvorsitzend der VVN-BdA) gab es Ansprachen von Kathrin Biro (Geschäftsführerin von ver.di Rhein-Neckar) und einer Vertreterin des Offenen Antifaschistischen Treffens Mannheim.

Vor dem Hintergrund der AfD-Erfolge bei den Landtagswahlen

in Thüringen und Sachsen thematisierten alle Redner:innen die große Gefahr der Wiederkehr des Faschismus und riefen zum Widerstand dagegen auf. ■



Gedenken an die Lechleiter-Gruppe in Mannheim, 15. September 2024.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DI, 01.10.2024, 19:30 Uhr, Veranstaltung „Deutsche Politik zwischen Staatsräson und Komplizenschaft“, Friedensbüro, Speyerer Straße 14, MA
- Mi, 02.10.2024 um 18:00 Uhr, Veranstaltung „Frauenrechte sind Menschenrechte – Zum 200. Geburtstag der Mannheimer Revolutionärin Amalie Struve“, MArchivum, Archivplatz 1, MA
- DO, 03.10.2024, 14:00 Uhr, Antikriegs-Demo ab Bismarck-Platz, HD
- Fr, 11.10.2024, 18:00 Uhr, Kulturabend „OH! SAGTE HERR K.“ zu Bertolt Brecht, Stadtbibliothek Herzogenried, Herzogenriedstraße 50 (IGMH), MA
- SAM, 12.10.2024, 13:00 Uhr, Konferenz „BR im Visier“, Gewerkschaftshaus, MA
- DO, 17.10.2024, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- DI, 22.10.2024, 19:00 Uhr, Film „Verkehrswendestadt Wolfsburg“, MA
- FR, 25.10.2024, 19:00 Uhr, ISO-Infoabend zu aktuellem Thema, MA

Vorschau:

- SAM, 02.11.2024, 13:00 Uhr, Herbstausflug der ISO Rhein-Neckar



Impressum:
ISO Rhein-Neckar
VfSP: ISO, 68026 MA

ISO, Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim
Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Netz: www.iso-4-rhein-neckar.de
Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn
Instagram: www.instagram.com/isorheinneckar

